

**Städtetag veröffentlicht Positionspapier zu Alkoholprävention
Städte fordern besseren Schutz für Kinder und Jugendliche –
stärkere Unterstützung bei Prävention nötig**

Die Städte verlangen von Bund und Ländern eine intensivere Kooperation und Unterstützung bei der Präventionsarbeit gegen den Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen. Welche konkreten Möglichkeiten es dazu gibt, welche sich schon in der Präventionsarbeit bewährt haben und welche Erwartungen sich an Bund und Länder richten, dazu hat der Deutsche Städtetag jetzt ein Positionspapier als Handreichung für die Praxis erarbeitet und veröffentlicht.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, sagte: **„Alkoholkonsum gefährdet in hohem Maße die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ist ein drängendes gesundheits- und sozialpolitisches Problem in den Städten. Je früher der Alkoholkonsum beginnt, desto höher ist das Risiko gesundheitlicher Schäden und einer dauerhaften Abhängigkeit. Deshalb gilt es, genauer hinzuschauen, bei welchen Gelegenheiten Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen besonders häufig vorkommt und hier konsequent gegenzusteuern. Dazu bedarf es einer intensiven gemeinsamen Präventionsarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, die sich mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Alkoholmissbrauchs beschäftigt, z.B. bei Volksfesten, Flatrate-Partys, Sportveranstaltungen, in der Familie, im Umfeld der Schule und des Berufes sowie im öffentlichen Raum.“**

Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ergab erst kürzlich, dass sich 12,9 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17

Jahren mindestens einmal im Monat in einen Rausch trinken, bei den 18- bis 25-Jährigen sind es 35,4 Prozent. Zwar ist damit ein leichter Rückgang zu verzeichnen, allerdings sind die Zahlen nach wie vor sehr hoch. Notwendig sind eine konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes, die Sensibilisierung von Eltern, Lehrern und Verkaufspersonal sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit.

„Neben mehr Aufklärungsarbeit von Bund und Ländern fordern die Städte auch eine wirksamere Begrenzung der Gelegenheiten, die von Jugendlichen typischer Weise benutzt werden, um besonders günstig oder leicht an alkoholische Produkte zu kommen. Hier ist der Gesetzgeber in der Pflicht, Kinder und Jugendliche besser zu schützen“, so Articus weiter.

Diskutiert und entschieden werden müsse insbesondere über ein Verbot, Jugendlichen in der Nacht an Tankstellen Alkohol zu verkaufen, und das Verbot von Billig- bzw. Flatrate-Angeboten an Jugendliche. Denn es sei erwiesen, dass Jugendliche durch „günstige Gelegenheiten“ und Gruppendruck stark in ihrem Verhalten beeinflusst werden können.